

**Protokoll der  
Sitzung des Kreisschulrates Aarau-Buchs  
Donnerstag, 18. Juni 2020, 19.30 Uhr,  
Auenhalle, Aarau Rohr**

---

**Vorsitz:**

Martina Suter, Präsidentin Kreisschulrat Aarau-Buchs

Denise Zeller Xenaki, Vizepräsidentin Kreisschulrat Aarau-Buchs

**Anwesende Mitglieder:**

Joel Blunier

Nicole Burger

Barbara Deucher

Andrea Dörig

Oliver Esser

Nicole Lehmann Fricker

Franziska Graf

Susanne Klaus Günthart

Regula Haag Wessling

Anton Kleiber

Philippe Kühni

Irene Bugmann Oelhafen

Tobias Studiger

**Entschuldigte Mitglieder:**

Chrisoula Giata (Terminkollision)

Daniel Riebli (Krankheit)

Pia Iff Jenelten

Anwesende Kreisschulräte: 15

Absolutes Mehr: 8, der Rat ist beschlussfähig.

**Stimmzähler:**

Oliver Esser

Andrea Dörig, übernimmt Amt für Pia Iff Jenelten

**Protokollführerin:**

Sibylle Koch

**Weitere Anwesende:**

**Kreisschulpflege Aarau-Buchs:**

Daniel Fondado, Präsident

Salvatore Nunziata

Franziska Zimmerli

Barbara Tommasini

Marcel Bögli

Marco Salvini

**Geschäftsstelle:**

Helene Frey

**Kontrollstelle:**

Daniel Balmer

Samuel Hasler

**Ratssekretariat**

Barbara Meier

**Traktanden:**

1. Begrüssung und Mitteilungen
2. Anfragen
3. Rechnung 2019
4. Schulgelder 2020/21
5. Antrag Nicole Lehmann und Barbara Deucher-Brändli (FDP); Parlamentarische Instrumente
6. Antrag Nicole Burger (SVP); Politische Instrumente
7. Antrag Philippe Kühni (GLP); Einsetzung einer Kommission zur Anpassung der Satzungen
8. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste wurden keine Einwendungen erhoben.

**Joel Blunier** meint, dass ihm der Antrag von Philippe Kühne nicht vorliege. **Martina Suter** erläutert, dass der Antrag im Mail von Philippe Kühni integriert sei. Sie wird später auf die Form der Antragstellung eingehen.

<b>Traktandum 1</b>	
<b><i>Begrüssung und Mitteilungen</i></b>	

**Martina Suter** bedankt sich bei Sibylle Koch für die aufwändige, Corona Massnahmen konforme Bereitstellung der Auenhalle. Sie begrüsst alle und freut sich, wieder alle persönlich zu treffen. Die letzten Wochen waren nicht nur für jede und jeden von uns, sondern auch ganz besonders für die Mitglieder der Schulpflege, der Geschäftsleitung, für die Lehrpersonen und für alle Eltern von schulpflichtigen Kindern eine ausserordentliche Herausforderung. Im Namen des Präsidiums dankt sie diesen allen herzlich für den enormen Einsatz und das ausserordentliche Engagement zum Wohl unserer Kreisschule. Und sie bittet die Geschäftsleitung, diesen Dank doch bitte an die heute nicht anwesende Lehrerschaft weiterzuleiten.

Per 19. Juni 2020 endet die kantonale Notlage aufgrund des Corona-Virus im Kanton Aargau. Trotzdem läuft auch in den Schulen noch nicht alles wie vor dieser Krise. Zudem wurden in verschiedenen Bereichen wohl Chancen sichtbar, aber auch Mängel aufgedeckt. Nun gilt es diese Erkenntnisse möglichst rasch aufzuarbeiten und in die Zukunft zu blicken. Es freue sie daher sehr, dass die Schulpflege im Anschluss an den offiziellen Teil der heutigen Sitzung über die gemachten Erfahrungen während dieser herausfordernden Monate und die aktuelle Situation berichten werde.

Im Rahmen der letzten Ratssitzung hat das Präsidium den Auftrag erhalten, das Thema «Info-Sitzung» nochmals zu überdenken. Sie habe sich in der Zwischenzeit nochmals mit der Kreisschulpflege, dem Ratsbüro und dem städtischen Rechtsdienst abgesprochen. Der städtische Rechtsdienst beurteilt eine Informationssitzung im Vorfeld einer Sitzung des Kreisschulrats als positiv und zulässig. Gerade bei komplexeren Sachgeschäften könne es



sachgerecht sein, dass die Kreisschulpflege oder die Schulleitung interessierte Mitglieder des Kreisschulrats über anstehende Geschäfte näher informiert. Es müsse sich hierbei aber um reine Informationsveranstaltungen handeln und es dürften keine Beschlüsse gefasst werden. Durchaus sinnvoll wäre, wenn allen Mitgliedern des Kreisschulrats die Informationsunterlagen elektronisch zur Verfügung gestellt würden. Mit der Kreisschulpflege ist nun abgesprochen, dass sie nach eigenem Gutdünken entscheidet, wann und ob solche Informationssitzungen stattfinden werden.

Als Letztes möchte **Martina Suter** etwas Organisatorisches von ihrer Seite mitteilen, bevor der Kreisschulrat sich mit den anstehenden Traktanden beschäftigt. An diesem Abend stehen drei Anträge zur Debatte, die Satzungsänderungen thematisieren. Da die Anträge keinen Bezug zu den beiden anderen Geschäften haben, könne an der heutigen Sitzung gemäss §16 bzw. 20 des Geschäftsreglements nicht inhaltlich entschieden werden, sondern könne nur überwiesen oder nicht überwiesen werden; jeder der drei Anträge einzeln. Sollte einer oder beide der Anträge von der FDP oder SVP überwiesen werden, so würde für die nächste Sitzung eine Botschaft ausgearbeitet und das Anliegen dann behandelt werden. Sollte der Antrag betreffend Einsetzung einer Kommission überwiesen werden, so würden an der nächsten Sitzung gemäss § 31 Geschäftsreglement entsprechend Kommissionsmitglieder gewählt. Ob das Vorgehen allen klar sei oder ob es Fragen gebe?

<b>Traktandum 2</b>	
<b>Anfragen</b>	

**Martina Suter teilt mit, dass** in der Zwischenzeit neun Anfragen eingereicht wurden, sechs davon wurden bereits beantwortet.

- Anfrage **Philippe Kühni** betreffend Aufhebung der Einschulungsklasse. Auf die Frage von **Martina Suter**, ob er mit der Antwort zufrieden ist, antwortet er mit ja.
- Anfrage **Nicole Burger** ebenfalls betreffend Aufhebung der Einschulungsklasse. Auf die Frage von **Martina Suter**, ob sie mit der Antwort zufrieden ist, antwortet diese ebenfalls mit ja.
- Anfrage **Oliver Esser** betreffend Aufhebung der Kleinklasse. Auf die Frage von **Martina Suter**, ob er mit der Antwort einverstanden ist, antwortet Oliver Esser ebenfalls mit ja.
- Anfrage von **Phillipe Kühni** betreffend Corona-Massnahmen. Auf die Frage von **Martina Suter**, ob er mit der Antwort zufrieden ist, antwortet er ebenfalls mit ja.
- Anfrage von **Barbara Deucher und Nicole Lehmann** betreffend Fernunterricht und Schutzkonzept. Auf die Frage, ob sie mit der Antwort zufrieden seien, führt **Barbara Deucher** aus, dass ihre Anfrage nicht ausreichend beantwortet wurde. Sie nutzt die Gelegenheit und zeigt kurz auf, wie es aussah: Eine Krisen- oder Ausnahmesituation, wie wir sie Corona-bedingt haben, zeigt immer auch auf, wie eine Organisation im Innern funktioniert und bringt Schwachstellen zum Vorschein. Es ist ein eigentlicher «Stresstest», in dem eine klare, direktive Führung unabdingbar ist. Die Kreisschule wurde vor bald drei Jahren aus Effizienz- und Synergiegründen zusammengeschlossen. Heute haben wir ein schwerfälliges, reaktives Gebilde mit unklaren Prozessen, welches viele Mängel aufweist. Kein gutes Zeugnis, gerade für eine Schule mit dieser bedeutenden Grösse. Zur Veranschaulichung pickte sie drei Beispiele aus der Anfrage heraus:



- Führung: Es gab keine klare, enge Führung in der Krisenphase. Die Lehrerschaft wurde weitgehend alleine gelassen, adaptierbare Konzepte oder Vorgaben fehlten gänzlich. Jede Lehrerin und jeder Lehrer musste das Rad selbst neu erfinden. Viele wurden so unnötig ausgebrannt, zahlreiche Kündigungen sind jetzt die Folge.
- Schulung: Die technische Einführung von Windows 365 erfolgte auf den letzten Drücker. Eine professionelle Schulung der Lehrpersonen, damit die neue, teure Technik auch sinnvoll und effizient mit den Schülerinnen und Schülern eingesetzt werden kann, fehlt bis heute.
- Kommunikation: Die Kommunikation mit den Eltern erfolgt unkoordiniert, in schwer verständlicher Sprache und extrem reaktiv (letztes Homepage-Update datiert 11. Mai). Auf Mitte April wurde die Einführung der Eltern-App versprochen. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist sie nicht erfolgt. Auch keine Kommunikation dazu.

Die «Start-up-Phase» von der KSAB ist vorbei, es ist Zeit, dass die Strukturen und Prozesse etabliert sind und funktionieren. Deshalb ist es wünschenswert, dass die Kreisschulpflege nun die Lehren daraus zieht und bis zum Jahresende die dringend notwendigen Konzepte zur Kompetenzregelung, Business Continuity Management und Kommunikationsstrategie ausarbeitet. Damit die grosse KSAB gewappnet ist, in Zukunft vorausschauend, agil und kompetent zu handeln.

- Anfrage **Nicole Burger** betreffend hängige Rechtsmittel bezüglich Aufhebung der Einschulungsklasse. Auf die Frage von **Martina Suter**, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sei, antwortet diese, dass sie irritiert sei, dass Bemühungen weiter vorangetrieben wurden, obwohl die aufschiebende Wirkung gewährt wurde.

**Andrea Dörig** meldet sich zu Wort und teilt mit, dass sie nicht erwarte, dass ihre am Vortag eingereichte Anfrage bis zur nächsten Sitzung beantwortet werde, sich die Kreisschulpflege ruhig Zeit für eine fundierte Beantwortung lassen könne.

<b>Traktandum 3</b>	
<b>Rechnung 2019</b>	

**Martina Suter** übergibt das Wort an **Marco Salvini**. Er erläutert anhand des Antrags und der Beilagen zur Botschaft Rechnung 2019, die sämtliche Kreisschulräte per Post und elektronisch erhalten haben, die Jahresrechnung 2019 der Kreisschule Aarau-Buchs. Fragen dazu konnten im Vorfeld gestellt werden. Herauszuheben ist, dass fast alle Positionen einen Minderaufwand aufzeigen. In der Botschaft sind die wesentlichen Erläuterungen zusammengefasst. Die Revisionschritte wurden eingeleitet und vorbereitet. Die Rechnung 2019 wurde von der externen Revisionsstelle (Gruber & Partner AG) und internen Revisionsstelle (Kontrollstelle) geprüft. Es wurde festgestellt, dass im Vergleich zum vergangenen Jahr in verschiedene Bereiche Verbesserungen erfolgten. Es wurden aber auch andere Punkte, die weiter verbessert werden können, aufgedeckt. Für diese Inputs sei man dankbar und man werde versuchen, diese in Zukunft zu berücksichtigen.

**Daniel Balmer** von der internen Kontrollstelle erwähnt zuerst, dass er für die abgesagte letzte Sitzung vom Ratsbüro keine rechtzeitige Information erhalten habe. Er fährt fort und führt aus, dass die Aufgabe der internen Kontrollstelle sei, die Jahresrechnung zu prüfen und zu beurteilen. Aufgrund der Prüfung könne bestätigt werden, dass die Buchhaltung sauber und übersichtlich geführt sei, die Erfolgsrechnung und die Bilanz mit der Buchhaltung



übereinstimme und die Buchführung, die Darstellung der Vermögenslage und die Jahresrechnung mit Ausnahmen, die im Antrag aufgeführt seien, den gesetzlichen Vorschriften entspreche. Er beantragt die Genehmigung der Jahresrechnung.

**Martina Suter** bedankt sich für die Arbeit und erkundigt sich im Rat, ob es Fragen dazu gebe. Es gibt keine Fragen, die Diskussion wird eröffnet.

**Franziska Graf** dankt für die klare und übersichtliche Darstellung und, dass die Abweichungen verständlich dargestellt wurden. Die positive Abweichung sei erfreulich, da sie schliesslich auch die Gemeinderechnung entlaste. Sie freue sich, wenn es in diesem Stil weitergehe.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es kommt zur Abstimmung:

**Antrag:**

"Die Jahresrechnung 2019 der Kreisschule Aarau-Buchs sei zu genehmigen."

**Der Antrag wird mit 15 Stimmen einstimmig angenommen.**

*Beschlüsse des Kreisschulrates werden gemäss § 77a des Gesetzes über die Einwohnergemeinden der Volksabstimmung unterbreitet, wenn 5 % der Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden beziehungsweise 1'500 Stimmberechtigte dies innert 60 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, verlangen. Für den Fristenlauf gilt die Publikation im Amtsblatt vom 25. Juni 2020.*

<b>Traktandum 4</b>	
<b>Schulgelder 2020/21</b>	

**Marco Salvini** erhält das Wort für die Ausführungen zum vorliegenden Schulgeld. Er bezieht sich auf die Botschaft und den Antrag an den Kreisschulrat. Die Schulgeldfestlegung erfolgt, wie die Genehmigung der Rechnung auch, jedes Jahr. Wenn die Rechnung tiefer ausfällt, fällt auch das Schulgeld tiefer aus, was nicht nur die Verbandsgemeinden, sondern auch die umliegenden Gemeinden freut. Bei der Sportschule gab es aufgrund des Entscheides des DBKs, dass neu die Lohnkosten nach GAL, die vollumfänglich zu Lasten der Gemeinden gehen, zum Schulgeld und nicht zum Besoldungsanteil gerechnet, eine Anpassung.

Aufgrund eines wegen Übernahme des Schulgelds durch die Gemeinde eingeleiteten Verfahrens, hat der Kanton festgestellt, dass die Höhe des Schulgeldes der Kreisschule Aarau-Buchs korrekt berechnet ist. Neu stellt die Kreisschule Aarau-Buchs den Gemeinden die Kosten in Rechnung.

**Martina Suter** erkundigt sich, ob es Fragen dazu gibt. Es gibt keine Fragen, die Diskussion wird eröffnet.

**Franziska Graf** äussert den Wunsch für die Zukunft, dass ein Vergleich des Schulgeldes zum Vorjahr abgebildet werde, wie auch das Total der Schülerzahlen. So sei es plausibel dargestellt und es werde ausgewiesen, welche Änderungen mit dem Besoldungsanteil anstehen. Sie konnte sehr gut nachvollziehen, was gerechnet wurde.

**Marco Salvini** äussert sich zur Wortmeldung von Franziska Graf und nimmt diesen Wunsch für die Zukunft auf.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.



**Martina Suter** erläutert, dass es fünf Einzelanträge sind und schlägt vor, diese in einer Abstimmung zu erledigen. Es gibt keinen Widerspruch und kommt zur Abstimmung. **Martina Suter** liest die Anträge vor.

#### **Anträge:**

*"Die Schulgelder für das Schuljahr 2020/21 seien zuzüglich der effektiven Besoldungsanteile wie folgt festzulegen:*

- **Oberstufe** (Bezirks-, Sekundar- und Realschule, Kleinklasse und Werkjahr) **7'698 Franken**, zuzüglich Besoldungsanteil gemäss Personalaufwand-Abrechnung des Kantons
- **Sportschule** **8'374 Franken**, zuzüglich Besoldungsanteil gemäss Personalaufwand-Abrechnung des Kantons
- **RIK** (Regionale Integrationsklassen), **IBK** (Integrations- und Berufsfindungsklassen) **7'698 Franken**
- **Primarschule** **2'491 Franken**, zuzüglich gemeindeseitiger Anlagekostenanteil und Gebäudebetriebskostenanteil sowie Besoldungsanteil gemäss Personalaufwand-Abrechnung des Kantons
- **Kindergarten** **1'197 Franken**, zuzüglich gemeindeseitiger Anlagekostenanteil und Gebäudebetriebskostenanteil sowie Besoldungsanteil gemäss Personalaufwand-Abrechnung des Kantons"

**Der Antrag wird mit 15 Stimmen einstimmig angenommen.**

*Beschlüsse des Kreisschulrates werden gemäss § 77a des Gesetzes über die Einwohnergemeinden der Volksabstimmung unterbreitet, wenn 5 % der Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden beziehungsweise 1'500 Stimmberechtigte dies innert 60 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, verlangen. Für den Fristenlauf gilt die Publikation im Amtsblatt vom 25. Juni 2020.*

<b>Traktandum 5</b>	
<b>Antrag Nicole Lehmann und Barbara Deucher (FDF); Parlamentarische Instrumente</b>	

**Martina Suter** wiederholt, dass nur über die Überweisung der folgenden Anträge an die Kreisschulpflege abgestimmt werde.

Das Wort wird **Nicole Lehmann** erteilt. Sie macht zum Antrag Ausführungen. Wer weiss wie viele Aufgaben dem Kreisschulrat in § 14 auferlegt worden sind? Es sind 16.

Und das hat auch seinen Grund, da der Kreisschulrat eine wichtige Funktion übernimmt. Als höchstes Organ übernimmt er die Vertretung der Stimmberechtigten der am Gemeindeverbund beteiligten Gemeinden. Und die Bürger sind die wichtigsten Teilnehmer von dieser Schule, da sie die Schule über ihre Steuerabgaben mitfinanzieren und die Schule für die Bewohner da ist und nicht umgekehrt.

In der Schweiz haben wir die direkte Demokratie, deren Werte und Umsetzung für alle öffentlichen Ämter und Institutionen verbindlich ist und dazu gehört auch die Kreisschule.



Bei der Gründung der Kreisschule wurde diskutiert, ob die Funktion des heutigen Kreisschulrats dem Einwohnerrat zu übertragen sei. Man hat sich schlussendlich für die Schaffung eines Kreisschulrates entschieden, deshalb hat der Vergleich der politischen Rechte des Kreisschulrates mit dem Einwohnerrat durchaus seine Berechtigung. Dass dabei das kantonale Gesetz, allgemein die staatliche Stufenhierarchie beachtet werden muss, versteht sich von selbst und kann nicht als Gegenargument eingebracht werden. Zur Wahrung und Aufrechterhaltung der direktdemokratischen Werte und Interessen stellen wir deshalb folgenden Antrag:

§ 8 Abs. 3 neu, in den Satzungen: «Kreisschulrätinnen und Kreisschulräte haben das Recht, der Kreisschulpflege parlamentarische Instrumente, wie namentlich Motionen, Postulate einzureichen»

§ 16 a Parlamentarische Vorstösse, neu im Geschäftsreglement

#### 1. Motion

- 1 Jedes Mitglied des Kreisschulrates kann in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfes bei der Präsidentin bzw. beim Präsidenten schriftlich die Behandlung von Gegenständen verlangen, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit Kreisschule oder des Kreisschulrates fallen.
- 2 Die Kreisschulpflege nimmt zur Motion schriftlich zuhanden des Kreisschulrates Stellung.
- 3 Wird der Motion von der Kreisschulpflege zugestimmt, so hat die Kreisschulpflege dem Kreisschulrat Bericht und Antrag einzubringen, und zwar in der Regel innert sechs Monaten.

#### 2. Postulat

- 1 Jedes Mitglied des Kreisschulrates kann bei der Präsidentin bzw. beim Präsidenten schriftlich Anträge einreichen, die Kreisschulpflege zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten im Zuständigkeitsbereich der Kreisschule einladen.
- 2 Die Kreisschulpflege nimmt zum Postulat schriftlich zuhanden des Kreisschulrates Stellung.
- 3 Wird das Postulat von der Ratsmehrheit der Kreisschulpflege überwiesen, so hat dieser darüber zu berichten und gegebenenfalls Antrag zu stellen

#### 3. Einheit der Materie

Motionen, Postulate und Anfragen dürfen je nur einen Gegenstand zum Inhalt haben.

Ob das Recht zur Ergänzung der Satzungsänderung mit politischen Rechten für den Kreisschulrat besteht, sei bereits von Rechtsspezialisten abgeklärt worden. Somit würden die Kosten zur Prüfung, ob überhaupt eine Satzungsänderung dazu möglich sei, nicht mehr hoch ausfallen. Zudem sei es der schnellere Weg, wenn wir die vorgeschlagene Gesetzesvorlage zur Überprüfung übernehmen. Die Einsetzung einer Kommission hingegen würde das ganze Verfahren verlängern und es würden entsprechend höhere Kosten anfallen. Dieser Antrag diene zur Integration der politischen Werte und dafür geschaffene Instrumente, damit der Kreisschulrat mit bestem Wissen und Gewissen seine Aufgabe ordentlich übernehmen könne.

So stellen wir den Antrag, dass die Satzungen und das Geschäftsreglement entsprechend ergänzt werden.

**Barbara Deucher** äussert sich zum Antrag. Die Vorschläge wurden von öffentlich-rechtlichen Spezialisten überprüft, ob dies so korrekt ist. Diese Vorprüfung hat bestätigt, dass es so üblich ist. Sie verweist auf das Gemeindegesetz. Gemäss § 32 der Satzungen hat der Kreisschulrat



diese Kompetenz. Ein weiterer Punkt, der für ihren Antrag spricht, ist die Tatsache, dass rechtliche Abklärungen bereits getroffen wurden und keine weiteren Kosten entstehen. Zudem ist dieser bereits ausformuliert, weshalb man schnell zu einem Ergebnis kommen kann. Der Kreisschulrat ist eine Vertretung des Stimmvolks und kann so Einfluss nehmen in das Schulwesen, und das sei lediglich mit einer Anfrage nicht gewährleistet. Sie kann nur unterstützen, dass der Kreisschulrat die politischen Instrumente erhält, um die Aufgaben und Pflichten mit bestem Wissen und Gewissen übernehmen und umsetzen zu können.

**Franziska Graf** hat eine Verständnisfrage zu Ziffer 1. Motion. In Abs. 3 steht, dass der Motion "von der Kreisschulpflege zugestimmt wird". Sollte dort nicht "Kreisschulrat" stehen? **Nicole Lehmann** teilt mit, dass dies ein Schreibfehler sei und durch "Kreisschulrat" ersetzt werden müsse.

**Nicole Burger** eröffnet die Diskussion und teilt mit, dass sie mit dem Antrag sehr einverstanden sei und selber schon vor einem Jahr eine solche Diskussion angeregt habe. Bei der Bildung des Kreisschulrates seien Legislativaufgaben übernommen worden, weshalb auch dieselben Instrumente zur Verfügung stehen müssen. Sie möchte nicht weiter ein "Abnickergremium" sein und nichts beitragen können. Sie möchte anregen, dass der Text aus § 59 des Gemeindegesetzes übernommen werde. Es soll die gleichen politischen Möglichkeiten für den Stimmbürger geben. Hier schlägt sie vor, ihren Vorschlag zu übernehmen. Der Einsatz der Kommission sei unnötig und das Verfahren würde unnötig in die Länge gezogen.

**Joel Blunier** pflichtet Nicole Lehmann bei. Er erinnert an vergangene Diskussionen zu § 13 des Geschäftsreglements. Es seien Vorstösse erwähnt, die aber nicht weiter definiert sind. Dies sei eine Unklarheit und dies werde immer wieder zu Problemen führen. Es brauche eine Klärung und er sei der Meinung, dass man diese Instrumente einbringen müsse. Er werde die Eingabe der FDP und auch diese der SVP von Nicole Burger unterstützen. Es habe ein paar "Haken" und sei nicht immer logisch formuliert. Er stimme aber grundsätzlich dem Anliegen zu.

**Susanne Klaus** wird ebenfalls zustimmen. Sie sei im Einwohnerrat tätig und habe sich dort für Schulangelegenheiten eingesetzt. Sie hätte auch Ideen für die Kreisschule und habe sich deshalb mit der Ratspräsidentin in Verbindung gesetzt. Irritiert habe sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass es aktuell keine politischen Instrumente gebe, die das Einreichen von Anträgen möglich mache. Es müsse aber möglich sein. Die Bevölkerungsmotion oder eine Bürgermotion müsse in der Demokratie möglich sein.

**Andrea Dörig** ist generell auch für die Klärung der Umstände. Betreffend Bürgermotion sei sie unsicher. Es sei nicht definiert, wie der Antrag daherkommen müsse. Ihrer Auffassung nach sei dieses Instrument ein gutes Mittel. Die Mitglieder des Kreisschulrates können Anträge stellen. Muss dies wirklich in den Satzungen verankert werden? Reichen die Satzungen nicht aus?

**Martina Suter** weist darauf hin, dass Daniel Roth im letzten Sommer ein Kurzgutachten im Zusammenhang mit der Einreichung der damaligen Motion von Nicole Burger erstellt habe und zum Schluss kam, dass dies mit den aktuellen Satzungen nicht möglich sei.

**Nicole Burger** sieht einen Widerspruch zwischen dem Gemeindegesetz und den Satzungen. Im Gemeindegesetz stehe es jedem Stimmbürger frei eine Motion einzureichen. Dies würde dann im Widerspruch stehen, denn dies sei höheres Recht. Wenn ein Gutachten eingeholt werden müsse, komme es wieder zu Verzögerungen. Es müssten nicht immer für jede Kleinigkeit Juristen angefragt werden. Nicole Burger appelliert an den Mut, sich als Rat etwas zu getrauen.



**Irene Bugmann Oelhafen** fragt Nicole Burger, weshalb sie nur die Motion, nicht aber das Postulat in ihrem Antrag aufgenommen habe. **Nicole Burger** sagt, dass dies vergessen wurde. Sie befürworte aber, dass das Postulat und die Motion enthalten seien.

**Franziska Graf** ist grundsätzlich für Klärung dieser Frage. Es habe aber einen Schreibfehler, es gingen Sachen vergessen. Sie sei sich nicht sicher, ob man heute darüber abstimmen sollte. Sie möchte eine Korrektur anbringen, was früher möglich war: Sie war vor der Kreisschule für die Anfragen zur Schule zuständig. Es gab eine klare Trennung zwischen Stadtrat und Schule. Die Schule war autonom. Sie konnte die Kreisschulpflege um etwas bitten oder etwas mitteilen. Dies jetzt sei ein Fortschritt. Der Kreisschulrat kann die Rechnung und das Budget genehmigen und die Wahl der Schulpflege muss über den Kreisschulrat laufen. Der Antrag von Philippe Kühni, der die Einsetzung einer Kommission für eine Satzungsänderung fordert, finde sie die bessere Lösung. Die Satzungen sollten denn auch der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen.

**Nicole Burger** fragt, weshalb die Kreisschulpflege einen Vorschlag machen sollte für die Satzungen. Damit ist sie nicht einverstanden.

**Nicole Lehmann** weist darauf hin, dass heute nicht darüber abgestimmt werde. Auch sie sehe nicht ein, weshalb die Ausformulierung die Kreisschulpflege übernehme. Vor der Gründung der Kreisschule gab es den Einwohnerrat und die Schulpflege. Man sollte sich auf die Gründung zurückbesinnen. Die Idee sei gewesen, das höchste Organ zu sein aus politischer und demokratischer Sicht, das was dem Volk entspricht. Um die Umsetzung mit dem besten Wissen und Gewissen zu übernehmen, sei die reine Anfrage zu wenig und es müssten politische Instrumente zur Verfügung stehen. Es könne nicht sein, dass eine Kommission eingesetzt werde und viel Zeit vergehe.

**Franziska Graf** hat eine Verständnisfrage. Wer soll das Geschäft ausarbeiten, wenn nicht die Kreisschulpflege? **Martina Suter** bestätigt, dass die Geschäfte an die Kreisschulpflege überwiesen werden.

**Toni Kleiber** empfindet es als eine "Hau-Ruck-Übung". Ein Punkt sei nicht erwähnt: Es gelte nicht nur das Gemeindegesetz, sondern auch das Schulgesetz komme zur Anwendung. Es gebe viele offene Fragen. Die Rechnung wurde ohne weitere Fragen angenommen, obwohl es Punkte gab, über die man hätte diskutieren können. Und hier diskutiere man über solche Fragen, wo so viel unklar sei. Für diese Angelegenheit brauche es ein Budget, man müsse das Schulrecht einbauen, es brauche einen Zeitplan, es sei sonst unvernünftig und müsse wohl überlegt sein, damit alles in Ordnung ist.

**Martina Suter** macht einen ergänzenden Hinweis. Ein Budget würde in der auszuarbeitenden Botschaft aufgeführt werden. Es müsse nicht heute ein Budget erstellt werden.

**Toni Kleiber** konkretisiert, dass er wissen möchte, was das Ganze für finanzielle Auswirkungen habe. Ansonsten könne nicht heute abgestimmt werden.

**Joel Blunier** klärt auf, dass es zwei Varianten gebe: Es werden alle Anfragen überwiesen. Die Kreisschulpflege mache dann für die nächste Sitzung einen konkreten Vorschlag anhand der Eingaben. Man könne aber auch eine Kommission einsetzen und dann sei die Ausarbeitung Sache dieser Kreisschulräte. Es gäbe dann eine andere Ebene für die Erarbeitung. Er selber sei für die Überweisung des Auftrags an die Kreisschulpflege. Das andere Thema, ob Motionen das Schulgeld tangieren würden, werde später zum Thema werden.

**Philippe Kühni** wirft ein, ob jetzt alle drei Anträge zusammen diskutiert würden. **Martina Suter** bejaht dies und gibt ihm das Wort Ausführungen zu seinem Antrag zu machen. Er äussert sich zu einigen Punkten in seiner Anfrage. Er konkretisiert, dass Kompetenzen geklärt



sein müssen. Es müsste auch die Einführung einer Geschäftsprüfungskommission inhaltlich geprüft werden. Eine solche existiere im Moment ja nicht. Wäre das nicht auch zur Ausübung der Oberaufsicht ein Thema, das eingeführt werden sollte? Er ist der Meinung, dass dies ebenfalls geprüft werden sollte.

**Denise Zeller Xenaki** möchte den Vorschlag von **Philippe Kühni** beliebt machen. Die Frage, wer sich darum kümmere, sei besser zu klären, wenn dies aus dem Rat entstehe und wieder in den Rat hineingebracht werde. Gerade das Thema Kompetenzen könne geklärt werden und wieder eingebracht werden. Dies sei die bessere Variante, als zu schnell etwas zu entscheiden. Eine sorgfältige Prüfung dieses komplexen Themas sei wichtig.

**Martina Suter** weist darauf hin, dass es beim Antrag von Philippe Kühni lediglich um die Einsetzung einer Kommission für die Satzungsänderung geht.

**Philippe Kühni** stellt klar, dass er das nächste Mal eine korrekte Anfrage stellen werde. Es gehe um eine einmalige Satzungsänderung und nicht um eine Kommission, die über Jahre hinweg geführt werde.

**Martina Suter** weist darauf hin, dass es wichtig sei, dass alle vom selben sprechen: Um die Bildung einer Geschäftsprüfungskommission gehe es im Moment nicht. Es stünden der Antrag für die Einsetzung einer Kommission für die Satzungsänderung und die anderen beiden Anträge von FDP und SVP zur Debatte. Die Diskussionen der drei Anträge habe sich vermischt, da inhaltlich das gleiche Thema betroffen sei. Über die drei Anträge werde aber einzeln abgestimmt. Es werde kein Antrag dem anderen gegenübergestellt.

**Irene Bugmann Oelhafen** fragt, was geschehe, wenn alle drei Anträge angenommen werden.

**Martina Suter** meint, dass es dann inhaltlich zu Überlappungen kommen werde und von der Kreisschulpflege eine ausformulierte Regelung vorgelegt werde an der nächsten Sitzung. Sie stellt nochmals klar, dass über jeden einzelnen Antrag abgestimmt wird und kein Antrag dem anderen gegenübergestellt werden kann.

**Philippe Kühni** fragt, ob denn auch sein Auftrag an die Kreisschulpflege überwiesen würde?

**Martina Suter** verneint dies, weil der Kreisschulrat gemäss Geschäftsreglement die Kompetenzen dafür habe. Für Satzungsänderungen habe der Kreisschulrat lediglich ein Antragsrecht.

**Franziska Graf** spricht aus Erfahrungen aus dem Stadtrat. Wenn der Einwohnerrat etwas wünsche, werde dies durch den Stadtrat vorbereitet. So habe die Kommission einen Leitfaden, was einzuhalten sei, wo sie frei sei, wo man Gestaltungsspielraum habe. Ebenfalls können die Kosten dargestellt werden.

**Susanne Klaus** unterstützt den Antrag von Philippe Kühni, weil es klarer sei. Die Stossrichtung sei klar, aber es sei sauber und es würde sich lohnen. Formal könne jeder Antrag überwiesen werden. Es mache aber bestimmt mehr Sinn, wenn Antrag 1 und/oder 2 oder dann Antrag 3 überwiesen werde. Aber es könne jeder Antrag überwiesen werden.

**Nicole Lehmann** erläutert nochmals, weshalb sie den Weg des ausformulierten Textes gegangen seien.

**Martina Suter** stellt klar, dass entweder der Rechtsdienst oder dann die Kommission des Kreisschulrates für die Ausformulierung zuständig seien.

**Philippe Kühni** fragt, wie der Ablauf bei seinem Antrag sei. **Martina Suter** erläutert, dass dann das nächste Mal eine Kommission gebildet und es keine Überweisung an die Kreisschulpflege geben werde. Die Bedingungen seien im Geschäftsreglement geregelt. Interessierte



Kreisschulräte könnten sich im Vorfeld melden. Dann könnte die Wahl der Mitglieder an der nächsten Sitzung stattfinden.

**Toni Kleiber** fragt, ob dann an der nächsten Sitzung bereits ein konkreter Auftrag vorliege? Er erwarte, dass die Aufgabe der Kommission bereits heute klar sei. **Martina Suter** antwortet, dass dies durch die Mitglieder erfolge.

**Franziska Graf** fragt nach den nächsten Schritten. Es sei klar, dass die Kreisschulpflege eine Vorlage ausarbeite, die dann die Kommission zu erfüllen habe. Wer soll das sonst machen? Sonst sei man das nächste Mal wieder hier und man diskutiere wieder. Verschiedene Fragen müssten geklärt werden.

**Barbara Meier** weist auf die Antwort des Rechtsdienstes der Stadt Aarau zu diesem Thema hin. **Martina Suter** liest vor: Wird eine entsprechende Kommission vom Kreisschulrat eingesetzt, kann grundsätzlich sogleich die Wahl der Kommissionsmitglieder sowie des Präsidiums aus der Mitte des Kreisschulrats erfolgen. Sinnvollerweise würde aber zunächst eine Frist für die Meldung oder für Vorschläge zur Einsitznahme angesetzt. Die Wahl kann dann in der nächsten Sitzung des Kreisschulrats durchgeführt werden.

**Phillipe Kühni** möchte seinen Antrag dahingehend präzisieren, dass die Kreisschulpflege eine kurze Botschaft zu erstellen habe.

**Denise Zeller Xenaki** möchte den Antrag stellen, dass die Präzision der Aufgaben der Kommission obliege. Es liege in der Kompetenz des Kreisschulrates, die Vorgaben zu definieren und abzuklären, welche politischen Instrumente zur Anwendung kommen.

**Martina Suter** präzisiert, dass **Philippe Kühni** dies bereits so ausgeführt habe.

**Joel Blunier** Der Kreisschulrat sei die Legislative und gebe Aufträge an die Exekutive. Was der Kreisschulrat bestimme, müsse die Kreisschulpflege ausführen. Für ihn sei es klar, dass es so laufen müsse, ohne konkretisierten Auftrag. All das müsse jemand auf die Beine stellen und wieder in den Kreisschulrat bringen. Sollten alle drei Anfragen angenommen werden, werden alle an die Kreisschulpflege überwiesen.

**Martina Suter** meint, dass das Gesagte der Meinung des Rechtsdienstes entspreche.

**Toni Kleiber** ergänzt, dass das nächste Mal die Kommission auch abgelehnt werden könne.

**Franziska Graf** meint, es müsse jetzt geklärt werden, wie es laufe. Wenn das Geschäft an der nächsten Sitzung in den Kreisschulrat getragen werde, könne man abklären, wie die Kommission auszusehen habe und ob die Aufträge stimmen.

**Nicole Lehmann** hat eine Verständnisfrage: Nach der Überweisung ihrer Anfrage gäbe es einen klaren Auftrag zur Einführung von politischen Instrumenten. Beim Antrag von **Phillipe Kühni** sei noch unklar, welche politischen Instrumente es geben soll. Es könnte dann sein, dass keine politischen Instrumente eingeführt würden, weil die Kommission dies nicht für nötig halte.

**Toni Kleiber** wirft ein, dass es deshalb einen Auftrag brauche, das sei sehr zentral. Dieser Antrag müsse ausformuliert sein, damit die Kommission nicht machen könne, was sie machen möchte. Im Anschluss könne man darüber diskutieren und am Schluss darüber abstimmen.

**Franziska Graf** meint, dass es auch mit allen dreien Aufträgen funktionieren würde. Die Kreisschulpflege könne nicht etwas total Anderes machen. Die Kreisschulpflege definiere und formuliere fertig aus und bringe das Geschäft zurück in den Kreisschulrat. Die Kommission entscheide nichts. Der Kreisschulrat entscheide.



**Philippe Kühni** hat bereits einen angepassten Antrag eingereicht. Und ergänzt, dass man ohne Wissen und Details sich nicht darum kümmern sollte. Dafür gebe es den Rechtsdienst. Er liest seinen ergänzten Antrag vor: " Ich beantrage, dass die Kreisschulpflege eine Vorlage für die Einsetzung einer Kommission erarbeitet, die sich mit einer Satzungsänderung auseinandersetzen soll. Zentrale Fragen könnten dabei sein: Welche Kompetenzen sollen dem Kreisschulrat zusätzlich zugewiesen werden? Welche Instrumente braucht der Kreisschulrat, um seinen Pflichten nach zu kommen. Die Vorlage soll einen Auftrag, einen Zeitrahmen und ein Budget umfassen."

**Joel Blunier** möchte Klärung, ob der erste Antrag von Philippe Kühni mit diesem Antrag ersetzt werde. Dieser bestätigt dies.

**Martina Suter** bittet Philippe Kühni seinen neuen Antrag nochmals langsam vorzulesen, der nicht schriftlich für alle vorliege.

Es kommt zur Abstimmung: Wer stimmt für die Überweisung des Antrages betreffend parlamentarischer Instrumente von Nicole Lehmann und Barbara Deucher?

**Der Antrag wird mit 7 ja-Stimmen, 6 nein-Stimmen und 2 Enthaltungen an die Kreisschulpflege überwiesen.**

<b>Traktandum 6</b>	
<b>Antrag Nicole Burger (SVP); Politische Instrumente</b>	

Gemäss **Martina Suter** erübrigt sich eine erneute Diskussion, da man ja vorgängig in der Diskussion die drei Anträge vermischt diskutiert habe. **Nicole Burger** ist der Meinung, dass man auch ihrem Antrag zustimmen soll, damit auch der Bürger einbezogen werde.

**Philippe Kühni** ist der Meinung, dass diesem Wunsche ohnehin entsprochen werde.

**Nicole Burger** sieht dies nicht so und appelliert, ihren Antrag ebenfalls anzunehmen.

**Martina Suter** liest den Antrag von Nicole Burger vor:

"Die Satzungen der Kreisschule Aarau-Buchs seien wie folgt zu ergänzen:

§8a Motion

1 Jeder Stimmberechtigte oder jede Stimmberechtigte kann der Präsidentin oder dem Präsidenten des Kreisschulrates über Gegenstände, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Kreisschulrates fallen, in der Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfes eine Motion einreichen. Diese muss innert sechs Monaten seit Einreichung vom Kreisschulrat behandelt werden.

2 Eine Motionärin oder ein Motionär, die oder der nicht Mitglied des Kreisschulrates ist, ist berechtigt, die Motion vor dieser Behörde zu begründen und an der Beratung teilzunehmen."

Es kommt zur Abstimmung: Wer stimmt für die Überweisung des Antrages betreffend politischer Instrumente von Nicole Burger?

**Der Antrag wird mit 8 ja-Stimmen, 4 nein-Stimmen und 3 Enthaltungen an die Kreisschulpflege überwiesen.**



<b>Traktandum 7</b>	
---------------------	--

<b><i>Antrag Philippe Kühni (GLP); Einsetzung einer Kommission zur Anpassung der Satzungen</i></b>	
--	--

**Martina Suter** liest den geänderten Antrag von Philippe Kühni vor.

"Ich beantrage, dass die Kreisschulpflege eine Vorlage für die Einsetzung einer Kommission erarbeitet, die sich mit einer Satzungsänderung auseinandersetzen soll.

Zentrale Fragen könnten dabei sein:

Welche Kompetenzen sollen dem Kreisschulrat zusätzlich zugewiesen werden?

Welche Instrumente braucht der Kreisschulrat, um seinen Pflichten nach zu kommen.

Die Vorlage soll einen Auftrag, einen Zeitrahmen und ein Budget umfassen."

Es kommt zur Abstimmung: Wer stimmt für die Überweisung des Antrages Einsetzung einer Kommission zur Anpassung der Satzungen von Philippe Kühni?

***Der Antrag wird mit 9 ja-Stimmen und 6 nein-Stimmen der Kreisschulpflege überwiesen.***

<b>Traktandum</b>	
-------------------	--

<b><i>Verschiedenes</i></b>	
-----------------------------	--

**Martina Suter** teilt mit, dass die Plattform Extranet geprüft wurde, um zukünftig alle Dokumente dem Kreisschulrat zur Verfügung stellen zu können. Diese Plattform habe sehr viele Vorteile, laufe aber unter dem Logo der Stadt Aarau. Sie übergibt das Wort an Barbara Meier.

**Barbara Meier** führt weiter aus, dass die Plattform Extranet von der Stadt Aarau im Einwohnerrat gebraucht wird, weshalb es unter dem Logo der Stadt Aarau laufen wird. Es verfügt über viele Vorteile. So werden sämtliche Dokumente aufgeschaltet. Sobald ein neues Dokument aufgeschaltet wird, erhalten die Kreisschulräte eine E-mail mit dem entsprechenden Hinweis. So ist es übersichtlicher und es ist alles beisammen. Parallel sind die Dokumente wie gewohnt im Internet aufgeschaltet. Auf der Plattform Extranet gibt es einen geschützten Bereich zum Beispiel für Mitgliederlisten oder Dokumente, die nicht publiziert werden sollen.

**Martina Suter** ist es wichtig, dies heute Abend dem Kreisschulrat vorzustellen, weil es über das Logo der Stadt Aarau läuft und die Gemeinde Buchs nicht miteinbezogen ist. Sie fragt deshalb den Kreisschulrat, ob dies so in Ordnung geht, dass man die Plattform unter dem Logo der Stadt Aarau nutzt.

**Irene Bugmann Oelhafen** fragt, ob man dann zukünftig keine Mails von verschiedenen Stellen mehr bekommt, was **Martina Suter** bestätigt. Ein weiterer Vorteil ist auch, dass die Plattform über ein Archiv verfügt, bei dem man auch ältere Dokumente abrufen kann.

**Barbara Meier** konkretisiert den Aufbau der Plattform.

**Martina Suter** weist darauf hin, dass weiterhin die Unterlagen auf der Homepage veröffentlicht werden. Dies erfolgt unabhängig voneinander.



**Philippe Kühni** wirft ein, dass das letzte Protokoll nicht verabschiedet wurde. **Martina Suter** klärt auf, dass die Protokolle nicht zu verabschieden seien und möchte zurück zum Thema Extranet und fragt den Rat. Der Einführung dieser Plattform wird mehrheitlich zugestimmt.

Weiter führt **Martina Suter** aus, dass letztes Mal die Blätter betreffend Interessenbindung verteilt wurden. Von diesen sind noch nicht alle zurückgekommen. Barbara Meier wird sich direkt mit den Betroffenen in Verbindung setzen.

Betreffend Anfragen und Anträge weist **Martina Suter** darauf hin, dass man diese offiziell so benennt muss, damit dies für alle klar ersichtlich ist, oder man erwähnt, dass es eine informelle Anfrage ist. Bisher war dies nicht immer klar, bzw. Anträge wurden in Emails eingebettet. Es besteht auch die Möglichkeit, eine Vorlage von Barbara Meier zu verwenden.

**Andrea Dörig** wirft ein, dass man dies anlässlich einer früheren Sitzung bereits so besprochen habe. **Martina Suter** konkretisiert, dass es nun ums Formale einer Eingabe geht. So kann man auch die Anträge auf der Homepage aufschalten. Die Aufschaltung eines Emailverlaufs sei wohl von niemandem gewünscht.

**Irene Bugman Oelhafen** findet es sinnvoll, dass man eine Vorlage erstellt und diese verwendet.

**Martina Suter** bedankt sich für das Engagement, wünscht allen einen schönen Abend und schliesst die Sitzung um 21.12 Uhr.

Es folgt eine Information der Kreisschulpflege zum aktuellen Thema rund um Corona.

Aarau Rohr, 18. Juni 2020

Kreisschulrat Aarau-Buchs

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Martina Suter

Sibylle Koch